



Landesregierung legt sich nicht auf Baubeginn für Anschlussstelle Frechen-Nord fest – Bundesfinanzierung aber wohl gesichert

Die Landesregierung sieht sich aktuell außer Stande einen Baubeginn für den Ausbau des Autobahnanschlusses Frechen-Nord an der A4 zu benennen. Das ergab sich aus einer Kleinen Anfrage von mir. Demnach ist der Verfahrensstand, dass aktuell die Stellungnahmen zu eingebrachten Einwendungen gegen das Vorhaben vorbereitet werden. Diese müssen dann für einen möglichen Erörterungstermin von der Bezirksregierung Köln bearbeitet werden. Erst im Anschluss daran könne ein Bautermin festgesetzt werden. Gesichert sei aber der Bundesanteil von 9,7 Mio. Euro an den Gesamtbaukosten von 16,4 Mio. Euro. Im April hatte sich das Bundesverkehrsministerium zuversichtlich geäußert, dass das Planfeststellungsverfahren zeitnah abgeschlossen werde.

Status Bonnstraße rückt in den Fokus

Da die Finanzierung laut Landesregierung gesichert ist, könnte dann unverzüglich mit dem Ausbau der Anschlussstelle begonnen werden. Durch den Ausbau des Autobahnanschlusses rückt aber auch die Bonnstraße als eine der Hauptverkehrsschlagadern des Rhein-Erft-Kreis in den Fokus.

Bereits bewilligte Sanierung und nötiger weiterer Ausbau der Bonnstraße müssen unbedingt angegangen werden. Gleichzeitig sollte aber die Chance einer vernünftigen Verkehrssteuerung gerade für Frechen und Pulheim genutzt werden. Einfach nur zusätzli-

che Fahrspuren zu schaffen, wird den Anwohnern nicht gerecht.

Deshalb haben die SPD in Pulheim und im Kreistag dafür gesorgt, dass aktuell untersucht wird, ob und wie die Bonnstraße im Bereich Brauweiler, Geyen, Pulheim eventuell verlegt werden könnte.

CDU und FDP kürzen Mittel für Wohnungsbau

Wurden 2016 von der SPD-geführten Landesregierung noch 1,1 Mrd. Euro in die Förderung des Wohnungsbaus investiert, will die Regierung Laschet zukünftig nur noch 800 Millionen Euro jährlich investieren. Dies ist angesichts permanent steigender Mietpreise eine fatale Entwicklung. Nur die Schaffung eines ausreichenden Angebots führt zu einer echten Marktentspannung. Gleichzeitig setzen CDU und FDP auf eine „Entfesselung“, die vor allem bedeutet, dass Mieterschutzvorschriften gelockert oder abgeschafft werden.

Im Rhein-Erft-Kreis besteht gerade im Umland von Köln ein enormer Bedarf an Mietwohnungen die z. B. auch für junge Familien oder alleinstehende Senioren finanzierbar sind. Leider gehen die entsprechenden Neubauzahlen deutlich zurück. Eine Anfrage von mir Ende Mai hatte ergeben, dass 2017 fast 15% weniger Neubaugenehmigungen für Wohnungen erteilt wurden.

Parlament setzt Untersuchungsausschuss ein



Im Vorfeld des Rücktritts der damaligen Umwelt- und Agrarministerin Schulze Föcking war herausgekommen, dass der vermeintliche Hackerangriff auf ihre Privatwohnung ein banaler eigener Bedienfehler gewesen ist. Diese Erkenntnis war der Ministerin bereits von den Ermittlern mitgeteilt worden, als diese sich noch im Parlament Solidaradressen von den anderen Parteien abgeholt hat. Pikanterweise gibt es auch Anzeichen, dass Ministerpräsident Laschet frühzeitig informiert war.

Aber nicht nur die Frage, ob und wie der Ministerpräsident das Parlament und die Öffentlichkeit getäuscht hat, wird den Untersuchungsausschuss beschäftigen. Denn auch die von der Ministerin vorgenommene Auflösung der Stabstelle Umweltkriminalität wirft viele Fragen auf.

Ich bin gespannt auf die Ergebnisse.